

Ernährungsarmut in Deutschland bekämpfen

Ernährung, Gesundheit, Chancengleichheit

Kindern einen guten Start ins Leben zu ermöglichen und für Chancengleichheit zu sorgen ist ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik. Wir haben das Kindergeld erhöht, mit dem Starke-Familien-Gesetz den Kinderzuschlag für Familien mit niedrigem Einkommen angehoben und ausgeweitet sowie die Leistungen für Bildung und Teilhabe von Kindern aus bedürftigen Familien verbessert. Unsere nächsten Ziele sind die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz und eine eigenständige und unbürokratische Kindergrundsicherung.

Wichtig für die Chancengleichheit ist die Gesundheit. Neben einer guten medizinischen Versorgung ist eine gesunde Ernährung dafür die Basis und die effektivste Präventionsmaßnahme. Deshalb gilt es, das wachsende Problem der „Ernährungsarmut“ - d.h. einer unausgewogenen Ernährung, die zu wenig wichtige Nährstoffe wie z.B. Vitamine enthält und z.B. zu viel Zucker und ungesunde Fette – zu bekämpfen. Laut der [Ernährungsfachgesellschaft SNFS](#) an der Universität Hohenheim (SNFS=Society of Nutrition and Food Science) führen mangelnde Ernährungskompetenz, begrenzte finanzielle Ressourcen und eine Ernährungsumgebung, die ungesundes Essverhalten unterstützt, zur Auswahl von Lebensmitteln mit wenig Nährstoffen, vielen Kalorien und geringer Qualität. Eine solche Fehlernährung kann insbesondere in den ersten Lebensjahren starke negative Einflüsse auf die körperliche und auch auf die geistige Entwicklung der Kinder haben.

Die AOK schätzte 2017 [die Folgekosten ernährungsbedingter Krankheiten](#) (wie Diabetes II, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Erkrankungen von Magen-Darm, Leber und Nieren, Gicht, Rheuma, einige Krebserkrankungen, Karies) für Gesundheitssystem und Sozialkassen auf ca. 70 Milliarden jährlich! Das ist auch aus volkswirtschaftlicher Sicht nicht hinnehmbar. Vor allem aber geht es uns um die Menschen, um die Lebensqualität der Betroffenen.

Wir Sozialdemokrat*innen wollen Chancengleichheit und ein gesundes Leben für alle. Dabei müssen wir bei den Kindern anfangen. Studien wie der [Kinder- und Jugendreport der DAK](#) von 2018 oder der [Sozialbericht „Datenreport 2018“](#) bestätigen, dass Kinder aus bildungs- und sozialbenachteiligten Haushalten sich schlechter ernähren, häufiger übergewichtig und krank sind. Sie bewegen sich weniger, gehen seltener zu Vorsorgeuntersuchungen, lassen sich weniger impfen, wohnen in Gegenden, in denen die Umweltbelastungen durch Verkehr und Abgase, Lärm u.a. höher ist. Und sie haben kaum Zugang zu höherer Bildung, wenn ihre Eltern nur geringe formale Bildung (Hauptschulabschluss) haben. Weniger Bildung heißt später schlechtere Jobs und weniger Geld – ein Teufelskreis.

Wir Sozialdemokrat*innen setzen auf eine Veränderung der Verhältnisse, auf Ernährungsumgebungen, die es für alle erleichtern, sich ausgewogen zu ernähren und ein gesundes Leben zu führen. Wir müssen in KiTas und Schulen anfangen. Ernährungsbildung an Schulen ist gut, aber wenn die Schulpflicht schlecht ist, bleibt sie graue Theorie. Eine ausgewogene Ernährung ist die beste Basis für konzentriertes Lernen und für ein gesundes Leben. Wir brauchen eine kostenlose, den DGE-Standards für gesundes und nachhaltiges Essen entsprechende KiTa- und Schulpflicht. Hier sind insbesondere die Länder gefragt – und einige sind schon aktiv. Wichtig zur Unterstützung einer nachhaltigen Ernährungsweise sind Trinkwasserspender, denn Leitungswasser ist kalorien- und zuckerfrei, gesund und umweltfreundlich. Die

Vermittlung einer praktischen Ernährungskompetenz im Schulunterricht oder die Schaffung der Voraussetzungen hierfür ist für eine nachhaltige Wissensvermittlung essentiell. Hier sind wiederum die Länder gefragt, die Lerninhalte entsprechend zu modernisieren. Wir müssen auf allen Ebenen alle Unterstützungsmöglichkeiten prüfen, denn der Zugang der Kinder zu gesundem und nachhaltigem Essen darf nicht vom Geldbeutel ihrer Eltern abhängen. Wir wollen, dass Kinder gesund aufwachsen. Dazu bedarf es einer guten Betreuungsinfrastruktur und finanzielle Stabilität. Es gilt, den Sozialstaat auch in dieser Hinsicht fit für die Zukunft zu machen und dabei den Zugang zu einer gesunden Ernährung für alle zu ermöglichen.

Wir Sozialdemokrat*innen wollen den Kampf gegen ernährungsbedingte Krankheiten aufnehmen. Eine aktuelle [OECD-Studie](#) zeigt, dass ein ungesunder Lebensstil gerade bei uns weitverbreitet ist. Dies hat unmittelbaren Einfluss auf die Entstehung von Folgekrankheiten wie Diabetes und Herz-Kreislaufkrankheiten. Deutsche haben einen überdurchschnittlichen Alkohol- und Tabakkonsum und sind mit einem Anteil von 60 Prozent übergewichtigen oder adipösen Erwachsenen deutlich über dem OECD-Durchschnitt.

Auch ein zu hoher Fleischkonsum kann negative gesundheitliche Auswirkungen haben – und steht zudem wegen negativer Umweltfolgen in der Kritik. In Deutschland wird mit ca. 60 kg pro Kopf im Jahr doppelt so viel Fleisch verzehrt wie von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung DGE empfohlen. Allerdings weist die DGE auch darauf hin, dass für Menschen mit besonderem Nährstoffanspruch (Schwangere, Stillende, Säuglinge, Kinder und Jugendliche) ein kompletter Verzicht auf tierische Produkte [Nährstoffdefizite](#) verursachen kann und deshalb ernährungswissenschaftliche Kenntnisse bzw. der Unterstützung durch Fachkräfte bedarf.

Die Lebensmittelwirtschaft, angefangen von der Landwirtschaft bis hin zu Handel und Gastronomie, trägt eine Mitverantwortung für die Gesundheit der Bevölkerung. Deshalb müssen wir auch die Wirtschaft in die Pflicht nehmen. Die WHO legte mit ihrem [„Europäischen Aktionsplan Nahrung und Ernährung“](#) bereits 2015 Maßnahmen vor, mit denen die EU-Länder als die am stärksten von ernährungsbedingten Krankheiten betroffene Region die Ungleichheiten im Zugang zu gesunder Nahrung abbauen sollen, u.a. durch verständliche Nährwertkennzeichnung, Verbesserung der Kenntnisse über Ernährung, gesundes Lebensmittelangebot an zentralen Orten wie Schulen, Kantinen und im Handel, Unterbindung der Kinderwerbung für ungesunde Lebensmittel.

Wir brauchen ein Verbot von an Kinder gerichteter Werbung für ungesunde Produkte. Wegen des engen Zusammenhangs zwischen Adipositas und Werbung für Fast-Food und andere ungesunde Lebensmittel hatte die WHO die EU-Staaten bereits 2013 aufgefordert, [Maßnahmen gegen an Kinder gerichtete Werbung](#) für solche Lebensmittel zu ergreifen. Dänemark, Frankreich, Spanien, Norwegen, Schweden und Slowenien sind bereits tätig geworden.

Diese Forderungen finden sich auch im aktuellen [Gutachten \(21.8.20\) für eine „Nachhaltigere Ernährung“](#) des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE). Laut WBAE fehlen in Deutschland bisher eingriffstiefere Maßnahmen zur Regulierung und Steuerung der Ernährungspolitik, um eine „faire Ernährungsumgebung“ zu schaffen, die Verbraucher*innen eine gesunde und nachhaltige Ernährung erleichtert. Die Ernährungspolitik sei durch starke Lobbyeinflüsse geprägt, und die Verantwortung für eine gesunde und nachhaltige Ernährung allein auf die Verbraucher*innen verlagert. Faire Ernährungsumgebungen ließen sich durch einfachen Zugang zu nachhaltigeren Angeboten, verständliche Informationen, mehr Wahlmöglichkeiten, kleinere Portionsgrößen und positive und negative Preisanreize (z.B. Zuckersteuer) für die nachhaltigere Wahl schaffen.

Wir Sozialdemokrat*innen wollen die Ernährungspolitik aktiv gestalten, eine gesunde und nachhaltige Ernährungsweise erleichtern und dabei auch die Anbieter in die Pflicht nehmen. Das Angebot an gesünderen Produkten im Handel und ausgewogenen Speisen in der Außer-Haus-Verpflegung muss besser und die gesunde und nachhaltigere Wahl die leichtere werden. Dabei sollten alle Anreizmöglichkeiten genutzt werden, auch das sog. „nudging“, z.B. bessere Produktplatzierungen für gesunde Lebensmittel/ gesunde Speisen in Kantinen und im Handel: So könnte das Angebot frischer, vegetarischer Speisen erweitert und anstelle der Süßspeisen der Salat oder das Obst prominent platziert werden, und im Handel nicht Fertiggerichte, sondern das Gemüse. Zudem muss eine klare und leicht verständliche Kennzeichnung für Transparenz über

Inhalt und Herkunft der Lebensmittel sorgen und somit Verbraucher*innen eine selbstbestimmte Wahl ermöglichen.

Wir Sozialdemokrat*innen haben lange für eine Nährwertkennzeichnung in Ampelfarben gekämpft. Mit der Einführung der französischen Ampel Nutriscore auf freiwilliger Basis in Deutschland haben wir einen wichtigen Fortschritt errungen! Nun wird es darum gehen, dass sich Hersteller und Handel auf breiter Basis beteiligen, und dass wir auf europäischer Ebene eine verpflichtende Nutriscore-Kennzeichnung erreichen.

Wir Sozialdemokrat*innen wollen das Politikfeld Ernährung aufwerten, wir wollen eine nachhaltigere Ernährungspolitik, die Ernährung, Gesundheit, Umwelt und Soziales zusammendenkt und die Interessen und Bedürfnisse der Verbraucher*innen in den Mittelpunkt stellt.

Wir brauchen

- Verpflichtende DGE-Standards für das Essen in allen Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung, Kantinen, Großküchen, KiTAs und Schulen, etc. Mensen und Kantinen sollten freundlich und hell ausgestattet sein, denn auch die Ernährungsumgebung beeinflusst das Essverhalten.
- besser verarbeitete Lebensmittel mit weniger Zucker, gesättigten Fetten und Salz, d.h.: eine wirksame Reduktionsstrategie für Zucker, Fett und Salz mit ambitionierten verbindlichen Zielen! Besonders wichtig ist die deutliche Zuckerreduktion bei gesüßten Getränken. Für sog. Kinderlebensmittel sollten die [WHO-Nährwertprofile](#) für ausgewogene Produkte gelten. Diese Reduktionsstrategie könnte ergänzt werden durch
- eine Preisbildung, die die Umwelt- und Folgekosten ungesunder und nicht nachhaltiger Lebensmittel stärker einbezieht und eine gesunde, umwelt- und klimafreundliche Ernährungsweise finanziell attraktiver macht. So könnte z.B. die Überschreitung eines Zucker-Grenzwertes von 5g/100ml bei Süßgetränken mit einer Zuckerabgabe für die Hersteller belegt werden (Beispiel GB).
- eine gesellschaftliche Diskussion über Maßnahmen, die sowohl auf Anbieterseite als auch auf Konsument*innenseite den Zugang zu gesunder Ernährung erleichtern und den zu ungesunden, überzuckerter und oft hochverarbeiteter Lebensmittel erschweren. Die öffentliche Diskussion soll das Ziel haben, auf breiter Basis akzeptierte gesundheitlich sinnvolle Anreize zu entwickeln.
- Verbindliche Nährwertprofile, die für die unterschiedlichen Lebensmittelgruppen den Zucker- und Salzgehalt und den Anteil an gesättigten Fettsäuren begrenzen.
- eine klare, verständliche Kennzeichnung von Zusatzstoffen und Aromen in Lebensmitteln, die Verbraucher*innen die Wahl erleichtert und Herstellern, die auf solche Stoffe verzichten, einen Wettbewerbsvorteil ermöglichen.
- ein Verbot von an Kinder gerichteter Werbung für ungesunde Produkte. Nach den [WHO-Nährwertprofilen](#) von 2015 lassen sich diese Produkte klar definieren. Freiwillige Vereinbarungen der Wirtschaft sind wirkungslos. Das zeigt eine [2017 im Auftrag der AOK erstellte Studie](#), nach der über 60 Prozent der Webseiten für Lebensmittel Elemente beinhalten, die Kinder gezielt zum Konsum animieren. Dabei sind besonders viele Unternehmen, die sich mit dem EU-Pledge freiwillig dazu verpflichtet haben, auf Kindermarketing zu verzichten.
- Schluss mit [Quengelkassen](#) im Supermarkt, bzw. Verzicht auf Platzierung von Süßigkeiten auf Kinderaughöhe im Wartebereich vor den Kassen. Bereits 2015 haben die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung aufgefordert, entsprechend tätig zu werden, aber passiert ist nichts.
- breite Beteiligung der Hersteller und des Handels an der NutriScore- Kennzeichnung in Deutschland, damit Verbraucher*innen auf einen Blick erkennen können, welches Produkt die bessere Nährwertzusammensetzung hat, sowie die Einführung einer Nutriscore-Kennzeichnungspflicht auf EU-Ebene.
- eine stärkere Förderung der Ernährungskompetenz im Rahmen der Aus- und Weiterbildung von Ärzt*innen – insbesondere bei Fachärzt*innen für Kinder- und Jugendmedizin, und Anreize im Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM), dies im direkten Kontakt im Praxisalltag zu vermitteln. Auch bei Apotheker*innen und medizinischem Personal, ebenso bei Köch*Innen und Erzieher*Innen, sollte das Fachwissen über Ernährung einen Schwerpunkt bilden.

- Ernährungsbildung – die Vermittlung von praktischem Ernährungswissen – muss als ganzheitlicher Ansatz in die Lern- und Lebenswelt KiTa und Schule integriert werden. Grundsätzlich ist Ernährungsbildung als lebensbegleitender Prozess zu verstehen.
- die Förderung von Kulturprogrammen, die Kinder und Jugendliche spielerisch Kompetenzen zur gesunden Ernährung vermitteln.
- mehr Forschung und mehr valide Daten zur Ernährung von Kleinkindern (1000-Tage-Fenster), Kindern und Jugendlichen sowie Senior*innen, um auf wissenschaftlicher Basis Konzepte und wirkungsvolle politische Maßnahmen zu entwickeln.